



Landtagswahl 2026

BdV fragt – Parteien antworten

Unsere Fragen und die Antworten von
CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und AfD

„Kultur erhalten und weiterentwickeln – Geschichte vermitteln“
Positionen des Bundes der Vertriebenen (BdV) – Vereinigte Landsmannschaften
in Baden-Württemberg

Im Hinblick auf die Landtagswahl 2026 erwarten der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften von den im Landtag vertretenen Parteien ein klares Bekenntnis zu ihrer politischen Verantwortung gemäß Art. 96 BFVG sowie Unterstützung.

1. Landesbeauftragte(r) für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Die bisher bewährte Benennung eines/einer Landesbeauftragten soll weiterentwickelt werden. Die Funktion sollte direkt in die Landesregierung eingebunden sein und in regelmäßigem Austausch mit BdV und Landsmannschaften stehen.



Frage: Wie beabsichtigt ihre Partei, die Funktion eines/einer Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler künftig auszugestalten?

CDU:

Aktuell ist unser stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler. Auch weiterhin werden Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler einen festen Platz in unserer Politik haben. Zukünftig wollen wir einen Beauftragten für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler sowie für die Verständigungsarbeit mit den Herkunftsgebieten etablieren.

SPD:

Die SPD sieht die Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler als wichtigen Bestandteil ihrer politischen Arbeit. Wir wollen sicherstellen, dass die Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ernstgenommen werden und dauerhaft in die politische und parlamentarische Arbeit integriert werden – ohne die Schaffung zusätzlicher bürokratischer Strukturen. Daher setzten wir uns dafür ein, dass jede Fraktion zu Beginn der Legislatur einen zuständigen Abgeordneten benennt, der als Ansprechpartner für die Belan-

ge der Zielgruppe fungiert. Damit soll sichergestellt werden, dass die Themen der Spätaussiedler in den Parteien bzw. Fraktionen berücksichtigt werden, eine laufende Abstimmung zwischen den Parteien bzw. Fraktionen stattfindet und ein regelmäßiger Austausch mit Verbänden sichergestellt wird. Anliegen sollen so zeitnah bearbeitet und politische Maßnahmen abgestimmt werden.

Zur konkreten Ausgestaltung der Funktion eines/einer Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler muss sich die neu gewählte Landesregierung zu Beginn der neuen Legislatur verhalten. Hierauf haben die Parteien keinen Einfluss.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Dass der Innenminister als Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler fungiert, hat sich in der Vergangenheit bewährt.

FDP:

Wir sehen das Beauftragtenwesen grundsätzlich kritisch, insbesondere dann, wenn der Beauftragte genau der Minister ist, in dessen Zuständigkeitsbereich diese Aufgaben

von Amts wegen ohnehin gehören. Staatliche Aufgaben sollten nicht durch zusätzliche Parallelstrukturen, sondern innerhalb bestehender Verantwortlichkeiten wahrgenommen werden.

Allerdings werden wir die Position eines ehrenamtlichen Landesbeauftragten, der die politischen Interessen der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte von 1976 bis 2011 in Baden-Württemberg wahrnahm, nicht infrage stellen.

AfD:

Die AfD will die Funktion des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler stärken und klar auf die Belange dieser Gruppen ausrichten. Vertreibung, Heimatverlust und die Geschichte der deutschen Vertriebenen sollen stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Der Beauftragte soll als unabhängige Stimme gegenüber Politik und Verwaltung auftreten, bürokratische Hürden für Spätaussiedler abbauen, kulturelle Traditionen bewahren und Verbände sowie Bildungsprojekte gezielt unterstützen.

2. Zentralarchiv zur Sicherung von Zeitzeugnissen der Aussiedler und Spätaussiedler

Um wertvolle Zeugnisse der Vertriebenengeschichte und vor allem der erfolgreichen Integration der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen und Rumänien nicht dem Verlust preiszugeben, ist ein Zentralarchiv nach bayerischem Vorbild einzurichten. Zeitzeugenberichte, Dokumente, Bilder, Videos, Erzählungen und Kulturgüter der Vertriebenen sollen gesammelt, digitalisiert und langfristig öffentlich zugänglich gemacht werden. Das Land soll hierfür ein Zentralarchiv der Heimatvertriebenen und Aussiedler einrichten, damit wird auch der Forschung ein strukturierter Zugang zum Thema Aussiedler und Heimatvertriebene ermöglicht wird.



Frage: Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung eines Zentralarchivs des kulturellen Erbes der Vertriebenen und Spätaussiedler?

CDU:

Wir unterstützen die Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes uneingeschränkt, um das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein aller zu erhalten. Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist Teil unserer gemeinsamen Geschichte. In unserem Land pflegen wir diese Kultur auch durch Einrichtungen wie das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, das Institut für Kulturanalyse der Deutschen des östlichen Europas, das Donauschwäbische Zentralmuseum und die Donauschwäbische Kulturstiftung. Wir stehen einer darüber hinausgehenden Einrichtung eines Zentralarchivs für das kulturelle Erbe der Vertriebenen und Spätaussiedler offen gegenüber.

SPD:

Die SPD legt großen Wert darauf, dass die Kultur-, Bildungs- und Erinnerungsarbeit der Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern langfristig gesichert wird. Insbesondere geht es uns um die Übergangsgeneration der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzierung von Kulturprojekten, Bildungsinitiativen und Erinne-

rungsarbeit ein, z. B. durch Förderprogramme des Landes für Heimatpflege und historische Bildung. Wir können uns vorstellen zu prüfen, ob ein Zentralarchiv des kulturellen Erbes der Vertriebenen und Spätaussiedler, das organisatorisch an das Landesarchiv Baden-Württemberg angegliedert wäre, gegründet werden soll.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Bund und Länder sind durch das Bundesvertriebenengesetz verpflichtet, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu erhalten und Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern und zu ergänzen.

In unserem Wahlprogramm haben wir festgeschrieben, neben unserer regulären Kulturförderung insbesondere lokale Initiativen, Museen und Bildungsstätten bei regionalen Projekten zu stärken - eine Förderung, mit der wie die Vertriebenenorganisationen ergänzend zur Förderung nach dem Bundesvertriebenengesetz unterstützen. Vertriebene und Spätaussiedler haben das Leben in Baden-Württemberg über viele Jahrzehnte mit geprägt - ihren Beitrag und ihre Wurzeln zu erhalten ist ein wichtiger Auftrag.

FDP:

Bei der Erschließung der politischen und Geistesgeschichte des Landes

wird das Land von einer Vielzahl lokaler und oft ehrenamtlicher Aktivitäten unterstützt. Wir schätzen dieses Netzwerk der Landes- und Heimatgeschichte und wollen es auch in Zeiten der Globalisierung erhalten, denn es bindet die Menschen an unser Land.

Daneben befürworten wir die zentrale Sammlung der Archivalien der Vertriebenen und ihrer Organisationen im Land, möglichst in Anbindung an bestehende staatliche Archivstrukturen. Es soll integriert, fachlich angebunden und schlank organisiert sein.

Das wäre nach unserer Meinung ein sinnvoller Beitrag zur Sicherung des kulturellen Erbes der Vertriebenen und Spätaussiedler im Rahmen der bestehenden staatlichen Verantwortung.

AfD:

Die AfD befürwortet die Einrichtung eines Zentralarchivs ausdrücklich, da das kulturelle Erbe der Vertriebenen und Spätaussiedler ein wesentlicher Teil der deutschen Geschichte ist und endlich angemessen dokumentiert und bewahrt werden muss. Ein solches Archiv stärkt historische Forschung, Identität und Erinnerungskultur. Zudem sieht die AfD darin ein wichtiges Signal der Wertschätzung gegenüber den Betroffenen und ihren Nachkommen.

3. Kulturbeauftragte(r) für alle Landsmannschaften beim BdV

Zur Stärkung des kulturellen Engagements soll beim BdV eine hauptamtliche Kulturbeauftragtenstelle eingerichtet werden, die die Arbeit aller 16 Landsmannschaften konzeptionell bündelt und weiterentwickelt.



Frage: Unterstützt Ihre Partei die Einrichtung einer solchen Kulturbeauftragtenstelle?

CDU:

Die jährlichen Haushaltsmittel, die auf der Grundlage der „Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes“ (VwV-Kulturförderung) vergeben werden, wurden in der zurückliegenden Legislaturperiode von 835.300 Euro (2021) auf 986.300 Euro (2026) angehoben. Diese Mittel kommen den Landsmannschaften und sonstigen Organisationen der Vertriebenen und Spätaussiedler zugute. Einer in diesem Rahmen stattfindenden Förderung eines Kulturbeauftragten stehen wir offen gegenüber.

SPD:

Die SPD erkennt die Bedeutung der kulturellen Arbeit der Landsmannschaften für Erinnerungskultur, Verständigung und gesellschaftlichen

Zusammenhalt an. Eine hauptamtliche Kulturbeauftragtenstelle beim Bund der Vertriebenen kann dazu beitragen, diese Arbeit besser zu vernetzen, zu professionalisieren und weiterzuentwickeln. Voraussetzung für unsere Unterstützung ist, dass die Stelle transparent arbeitet, die Vielfalt der Landsmannschaften respektiert und insbesondere den Dialog mit jüngeren Generationen sowie mit den Nachbarstaaten in Mittel- und Osteuropa stärkt. Kulturarbeit muss dabei offen, inklusiv und in die demokratische Erinnerungskultur der Bundesrepublik eingebettet sein.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Wir sind offen dafür, im Rahmen der bestehenden Kulturförderung des Landes nach dem Bundesvertriebenengesetz die Schaffung einer Kulturbeauftragtenstelle zu ermöglichen.

FDP:

Wir befürworten Kooperation, Austausch und konzeptionelle Weiterentwicklung der Kulturarbeit der Landsmannschaften – aber nicht zwingend über einen neuen, zentralen Kulturbeauftragten, sondern über schlanke, freiwillige und institutionell angebundene Lösungen innerhalb der bestehenden Strukturen.

AfD:

Wir setzen in der Kulturpolitik auf klare Strukturen und starke bestehende Einrichtungen. Unser Schwerpunkt liegt darauf, kulturelle Bildung dort zu stärken, wo sie alle erreicht – insbesondere in Schulen, Vereinen und regionalen Kulturträgern.

Deshalb bevorzugen wir es, vorhandene Ressourcen gezielt auszubauen und kulturelle Angebote direkt in Unterricht und Jugendarbeit zu integrieren, statt neue Verwaltungsstellen zu schaffen.

4. Stärkung der grenzüberschreitenden Maßnahmen

Die Landsmannschaften engagieren sich seit Jahrzehnten in den Herkunftsgebieten, fördern Identität, kulturelle Zusammenarbeit, unterstützen die deutsche Minderheit und bauen Brücken im europäischen Austausch. Diese Arbeit benötigt langfristige finanzielle und personelle Unterstützung.



Frage: Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um grenzüberschreitende kulturelle und bildungspolitische Aktivitäten zu fördern?

CDU:

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für gemeinsame Erinnerung und Verständigung und für ein echtes Zusammenwachsen in Europa etwa über die Kultur-

förderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes und über die Donaoraumstrategie weiter stärken.

SPD:

Die SPD setzt sich für eine nach-

haltige Stärkung grenzüberschreitender kultureller und bildungspolitischer Arbeit ein. Dazu gehören verlässliche Förderstrukturen für kulturelle Projekte, Bildungsarbeit und Begegnungsprogramme in den

Herkunftsgebieten sowie mit den deutschen Minderheiten. Zentrale Bausteine sind Jugend- und Austauschprogramme wie Erasmus. Bestehende Landes-, Bundes- und EU-Programme sollen besser verzahnt und weiterentwickelt werden, um langfristige personelle und finanzielle Planungssicherheit zu gewährleisten und den europäischen Dialog zu vertiefen.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Grenzüberschreitende Bildungsprojekte bewahren Erinnerungen, schaffen Verständnis und stärken die Demokratie. Sie haben gerade jetzt, im Lichte äußerer Bedrohungen und des erstarkenden Nationalismus, eine herausragende Bedeutung. Das drückt sich auch in der maßgeblichen Beteiligung Baden-Württembergs an der Do-

nauraumstrategie aus, die die Völkerverständigung in den vierzehn Donau-Anrainerstaaten fördert. Einrichtungen wie die Donauschwäbische Kulturstiftung, das Donaueschwäbische Zentralmuseum oder das Haus der Heimat sind wichtige gesellschaftliche Brücken von Baden-Württemberg in den Osten und Südosten Europas. Diese Brücken müssen wir erhalten und intensiv nutzen, um den europäischen Gedanken zu stärken.

FDP:

Grenzüberschreitendes Engagement und Patenschaften sind wegweisend für die Bewahrung von Erinnerung und Kultur und für ein ehrliches und versöhnliches Zusammenleben. Wir wollen sie ideell und finanziell unterstützen.

AfD:

Die AfD befürwortet grenzüberschreitende kulturelle und bildungspolitische Aktivitäten vor allem dann, wenn sie der Stärkung deutscher Sprache, Kultur und nationaler Interessen dienen. Sie setzt dabei auf bilaterale Kooperationen souveräner Staaten statt auf zentralisierte EU-Programme, die aus ihrer Sicht nationale Kompetenzen beschneiden. Unterstützt werden sollen insbesondere deutsche Schulen im Ausland, Goethe-Institute, der Austausch mit deutschsprachigen Minderheiten sowie leistungsorientierte Bildungs- und Jugendaustauschprogramme, die kulturelle Identität respektieren. Ideologisch geprägte Projekte oder Maßnahmen zur europäischen Identitätsbildung lehnt die AfD hingegen ab.

5. Dauerhafte institutionelle Förderung

Die institutionelle Förderung von BdV und Landsmannschaften ist für deren Arbeit von grundlegender Bedeutung und ist an den erforderlichen Bedarf anzupassen.



Frage: Welche Pläne hat Ihre Partei im Hinblick auf eine verlässliche institutionelle Förderung der Vertriebenenorganisationen?

CDU:

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Siehe Frage 6.

SPD:

Die Finanzmittel für die Förderung der Vertriebenenorganisationen werden im Rahmen der Kultur- und Heimatpflege bereitgestellt und an anerkannte Organisationen ausgeschüttet. In Zeiten knapper Haushaltskassen darf an Förderung zur interkulturellen und historischen Arbeit nicht gespart werden. Trotzdem muss uns allen bewusst sein, dass Ausgaben in Zeiten knapper Haushalte

vermehrt geprüft werden müssen und alle in einer gemeinsamen Kraftanstrengung schauen, welche Ausgaben gebündelt werden können.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Die Förderung des Landes nach dem Bundesvertriebenengesetz dient dem Ziel, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu unterstützen. Zuwendungsempfänger können

bereits jetzt institutionell gefördert werden, soweit ihnen zur Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben für die Kulturarbeit erhebliche Aufwendungen im Rahmen des Betriebs einer Geschäftsstelle entstehen.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir aktuell keine konkreten Aussagen zur zukünftigen Entwicklung der Landesförderung machen können.

FDP:

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Siehe Frage 6.

AfD:

Die AfD setzt sich für eine verlässliche und dauerhafte institutionelle Förderung der Vertriebenenorganisationen ein, weil sie deren Arbeit als unverzichtbaren Bestandteil deutscher Erinnerungskultur betrachtet. Aus ihrer Sicht tragen diese Verbände wesentlich dazu bei, das historische Schicksal von Flucht und Vertreibung wachzuhalten, kulturelle Traditionen zu bewahren und wis-

senschaftliche sowie bildungspolitische Projekte voranzubringen. Die AfD kritisiert, dass die Förderung in den vergangenen Jahren immer wieder unter politischen Vorbehalten stand oder gekürzt wurde, und fordert deshalb eine langfristige finanzielle Planungssicherheit, die mehrjährige Förderzusagen und stabile Haushaltslinien einschließt. Politisch motivierte Schwankungen oder Kürzungen lehnt sie ab.

Darüber hinaus betont die AfD, dass das Thema Vertreibung im öffentlichen Diskurs und in der Bildungslandschaft zu wenig Beachtung findet. Sie spricht sich daher für eine stärkere Sichtbarkeit in Schulen, Museen, Medien und Gedenkstätten aus. Insgesamt sieht die AfD eine moralische und historische Verantwortung des deutschen Staates, die Vertriebenenorganisationen zu stärken und ihre Arbeit dauerhaft abzusichern.

6. Transparente, mehrjährige Projektförderung

Kulturelle, sozialpolitische und Bildungsprojekte benötigen planbare, transparente und möglichst mehrjährige Förderung.



Frage: Plant Ihre Partei, die Projektförderung in diesem Bereich zu vereinfachen und langfristig auszugestalten?

CDU:

Frage 5 und 6: Es ist uns ein besonderes Anliegen, gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zu erforschen, der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und uns für deren Erhalt einzusetzen. Daher wollen wir die Kulturförderung nach Möglichkeit vereinfachen und stärken. Gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften wollen wir die Sichtbarkeit erhöhen, Stärken hervorheben und den Übergang von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration finanziell und administrativ begleiten.

SPD:

Die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg steht unter enormem Finanzdruck. Auch wenn die Landesregierung Erhöhungen im Kulturretat verkündet, reichen diese nicht aus, um Tarifsteigerungen und gestiegene Betriebskosten zu kompensieren. Der finanzielle

Druck, der aktuell auf den Kommunen lastet, tut sein Übriges. Gestrichene Fördermittel lassen kulturelle Vielfalt versiegen und kulturelle Teilhabe wird wieder zum Privileg. Die grünschwärze Landesregierung hat es versäumt, die Kulturförderung zukunftssicher zu gestalten, und gefährdet so die reiche Kulturlandschaft Baden-Württembergs. Kultur ist zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zum Zusammenhalt und zur Demokratieförderung bei – das gilt in besonderem Maße für die Erinnerungskultur beispielsweise der Vertriebenenverbände. Die SPD wird Kunst und Kultur den Raum geben, den sie verdienen. Eine verlässliche Finanzierung und transparente Förderung bilden deshalb die Grundlage der SPD-Kulturpolitik. Dabei wird sich die SPD für klare Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln einsetzen. Dafür ist auch eine ressortübergreifende Überprüfung der bisherigen Fördertöpfe und -kriterien notwendig. Um die Förderinstrumente zu vereinfachen,

ist auch eine Zusammenführung von Fördertöpfen denkbar. Eine auskömmliche und gesicherte finanzielle Förderung darf nicht an Ressortgrenzen scheitern.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Sie bildet die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, unsere Demokratie und unser Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft. Bildung ist darum Grünes Kernthema und eine Priorität unseres politischen Handelns. Das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Im Grünen Wahlprogramm ist vereinbart, dass wir Förderprogramme des Landes generell schneller, transparenter und nutzerfreundlicher machen wollen. Wir wollen die Arbeit der Verbände und Vereine erleichtern und greifen gerne Vorschläge zur Verbesserung auf.

FDP:

Vertriebenenorganisationen leisten überaus wichtige Arbeit. Gera-

de die soziale Komponente des Engagements in Vereinen ist der Kitt, der die Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Deshalb wollen wir das Ehrenamt in Baden-Württemberg auch weiterhin unterstützen.

Dazu gehört die Entlastung von Auflagen und Bürokratie, aber auch gezielte Unterstützung und Förderung. Die Arbeit der Vertriebenenorganisationen wollen

wir institutionell fördern, wie wir dies schon in der Vergangenheit getan haben. Dazu gehören selbstredend Bildungsprojekte, denen wir auch künftig verlässliche und planbare Unterstützung zukommen lassen wollen.

AfD:

Die AfD setzt sich dafür ein, die Projektförderung in diesem Bereich deutlich zu vereinfachen

und langfristig verlässlich auszugestalten. Aus ihrer Sicht sind die bestehenden Verfahren zu bürokratisch, zu kurzatmig und häufig ideologisch überfrachtet. Daher fordert sie transparente, neutrale Kriterien, weniger Verwaltungsaufwand und mehrjährige Förderrahmen. Ziel ist eine Planungssicherheit, die Projekte entlastet und Mittel effizienter wirken lässt.

7. Erinnerungskultur, Bildung und Lehrpläne

Die historische Aufarbeitung und Vermittlung der Themen Flucht, Vertreibung, Deportation und Integration soll systematisch gefördert werden – in Schulen, Museen, Gedenkstätten und in bestehenden Einrichtungen der politischen Bildung. Die Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sind verbindlich in die Lehrpläne aufzunehmen und durch geeignete Unterrichtsmaterialien sowie Lehrerfortbildungen unterstützt zu werden.



Frage: Wie möchte Ihre Partei die Themen Flucht, Vertreibung und Integration in der schulischen und außerschulischen Bildung verankern?

CDU:

Gerade auch im Bildungsbereich und in unseren Schulen müssen Flucht und Vertreibung und die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa im Bewusstsein gehalten werden. Daher sind und bleiben Einrichtungen wie das Haus der Heimat, das Donauschwäbische Zentralmuseum und der Schülerwettbewerb „Nachbarn im Osten“, der seit 1970 jährlich von Innenministerium und Kultusministerium ausgerichtet wird, wichtiger Teil unserer Kultur-, Bildungs- und Erinnerungspolitik. Darüber hinaus wollen wir auch einen verstärkten Blick auf Geschichte und Belange der (Spät-)Aussiedler werfen und ihnen ein eigenes Forschungs- und Kulturzentrum widmen.

SPD:

Die Themen Flucht, Vertreibung und Integration sind bereits heute

Teil der Bildungspläne und müssen auch in Zukunft von zentraler Bedeutung sein – in einzelnen Fächern wie auch fächerübergreifend. Zudem werden wir darauf hinwirken, dass sie in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung eine angemessene Rolle einnehmen. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass alle Schularten Ressourcen für Demokratiebildung erhalten. Erinnerungskultur ist wichtig – heute mehr denn je. Daher unterstützt die SPD auch die Förderung von Gedenkstätten und wird sich auch in Zukunft für deren gesicherte Finanzierung einsetzen. Die SPD wird außerdem die Schülermitverantwortung (SMV) aufwerten und Projekte wie Demokratietage und Initiativen gegen Extremismus und Rassismus in enger Zusammenarbeit mit dem Landesschülerbeirat und dem Landeselternbeirat unterstützen. Zudem werden wir mit

der Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“ Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichern.

Es ist uns außerdem bewusst, dass die Erwachsenenbildung zentraler Ort der Demokratiebildung ist und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Die SPD will daher zusätzliche Mittel an die Träger der Weiterbildung geben, um bewährte und innovative Projekte und Formate zu fördern. Zusätzlich werden wir die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der Demokratiezentren stärken. Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, fördern wir strukturell und finanziell.

Außerdem setzen wir uns für eine

verlässliche Drittelfinanzierung der Volkshochschulen ein. Sie sind zentrale Orte des lebenslangen Lernens, der politischen Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Wir müssen sicherstellen, dass Erinnerungen wach bleiben und die Geschichte nicht umgedeutet wird. Es ist darum wichtig und richtig, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus und seine Folgen bereits jetzt zentral im Bildungsplan verankert sind.

Wir wollen die Erinnerungskultur weiter stärken und uns gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeder Form klar entgegenstellen. Jede*r Schüler*in soll im Laufe der Schullaufbahn mindestens eine Gedenkstätte zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen besuchen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für Gedenkstättenfahrten wollen wir ausbauen, vereinfachen und den Schulen im Land ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand zur Verfügung stellen. Die Geschichte, die Kultur und die Erfahrungen der Vertriebenen und Spätaussiedler

verdienen eine unterstützende und systematische Würdigung, auch im Austausch mit Menschen, Institutionen und Staaten in Osteuropa. Darüber wollen wir mit den Verbänden in den nächsten Jahren gerne diskutieren.

FDP:

Wir wollen den Themen Flucht, Vertreibung und Integration in der schulischen und außerschulischen den angemessenen Platz einräumen.

AfD:

Die AfD möchte die Themen Flucht, Vertreibung und Integration in der schulischen und außerschulischen Bildung vor allem sachlich, historisch ausgewogen und frei von politischer Einflussnahme behandeln. Im Mittelpunkt steht für sie eine ideologiefreie Vermittlung, die sowohl die deutschen Erfahrungen von Flucht und Vertreibung nach 1945 stärker berücksichtigt als auch aktuelle Migrationsbewegungen nüchtern einordnet. Die Partei lehnt es ab, Schulen für migrationspolitische Leitbilder oder für

Programme zu nutzen, die aus ihrer Sicht einseitige politische Narrative transportieren. Stattdessen soll der Unterricht Ursachen, Folgen und Herausforderungen von Migration neutral darstellen und dabei auch soziale, kulturelle und sicherheitspolitische Aspekte einbeziehen. Integration versteht die AfD als Bringschuld der Zugewanderten; entsprechend sollen Bildungseinrichtungen vor allem die Vermittlung der deutschen Sprache, Kultur und Rechtsordnung stärken und klare Erwartungen an Anpassungsleistungen formulieren. Außerschulische Bildungsangebote sollen ebenfalls ohne migrationspolitische Agenda auskommen und sich auf eine ausgewogene historische und politische Bildung konzentrieren. Projekte, die aus Sicht der AfD migrationsfreundliche oder aktivistische Positionen fördern, sollen nicht weiter staatlich finanziert werden. Insgesamt setzt die Partei auf eine stärkere Betonung deutscher Geschichte, kultureller Identität und staatlicher Ordnung, während sie politisch motivierte Programme im Bildungsbereich zurückweist.

8. Soziale Unterstützung älterer Spätaussiedler

Viele ältere Spätaussiedler sind weiterhin mit Benachteiligungen im Renten- oder Gesundheitsbereich konfrontiert. Beratungsangebote sollten ausgebaut und Ungleichbehandlungen abgebaut werden.



Frage: Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um die soziale Situation älterer Spätaussiedler zu verbessern?

CDU:

Uns ist die besondere soziale Problemlage vieler Spätaussiedler bewusst. Die Frage der unzureichenden rentenrechtlichen Anerkennung von Lebens- und Arbeitsleistungen gehört zu den zentralen sozialen Herausforderungen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe. Bislang sind

bundespolitische Lösungsversuche gescheitert. Gerade deshalb bleibt es uns ein wichtiges Anliegen, hier weiter politischen Druck aufzubauen und Verbesserungen zu erzielen. Der überdurchschnittlichen Altersarmut unter Spätaussiedlern wollen wir mit sozialen Unterstützungs- und Teilhabeprojekten für ältere Menschen

entgegenwirken. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass rentenrechtliche Benachteiligungen auf Bundesebene korrigiert werden. Die gesellschaftliche und politische Teilhabe wollen wir weiter etwa durch Unterstützung der Verbände, des Ehrenamts und der kulturellen Einrichtungen fördern.

SPD:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Menschen aller Herkünfte in Baden-Württemberg bestmöglich gesellschaftlich teilhaben können und Benachteiligungen auf allen Ebenen so gut es geht verhindert werden. Unser Ziel ist es, bei allen Menschen in Baden-Württemberg Altersarmut zu verhindern, Lebensleistungen anzuerkennen und die politische Partizipation zu stärken. Konkret planen wir den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote für Seniorinnen und Senioren, um finanzielle, soziale und gesundheitliche Bedarfe zu adressieren. Wir wollen die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen erleichtern, denn Altersarmut lässt sich vor allem durch gute Arbeit verhindern. Des Weiteren setzen wir uns für politische Bildungsangebote und Beteiligungsformate, um die Teilhabe in kommunalen Gremien, Vereinen und Initiativen zu stärken, ein. Hier ist es wichtig, dass Beteiligungsformate niedrigschwellig und barrierearm stattfinden, so dass alle Interessierte teilhaben können. Hierfür müssen vor allem lokale Akteure gut zusammenarbeiten. Zu nennen sind hier kommunale Sozial- und Integrationsämter, Wohlfahrtsverbände (z. B. Caritas, Diakonie) und Spätaussiedlerverbände, Vereine und Migrantenorganisationen. Das Land hat hier vor allem die Aufgabe, dass die Kommunen ausreichend versorgt und gut aufgestellt sind, um vor Ort die Menschen zu unterstützen.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Eine vom Bundesamt für Migration beauftragte groß angelegte Studie hat ergeben, dass (Spät-)Aussiedler im Vergleich mit anderen Gruppen zufriedener mit ihrer Lebenssituation in Deutschland sind. Sie sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt in hohem Maße aktiv und ihre Er-

werbs- bzw. Arbeitslosigkeit ist verhältnismäßig gering. Das ist für uns ein gutes Zeichen, aber kein Grund, sich zurückzulehnen.

Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Land machen, in dem alle Menschen ein sicheres Zuhause und eine starke Gemeinschaft finden. Darum wollen wir Nachbarschaften schaffen, in denen ältere Menschen sicher, selbstbestimmt und mit guter Lebensqualität alt werden können. Die Mittel für Armutsprävention und -bekämpfung wollen wir ausweiten – beispielsweise indem wir die sozialen Beschäftigungsträger langfristig absichern und den sozialen Arbeitsmarkt als Brücke in die reguläre Beschäftigung stärken.

Darüber hinaus wollen wir die Teilhabe älterer Menschen stärken. Das Sozialministerium unterstützt den Landesseniorenrat aktuell bereits mit einer institutionellen Förderung. Auf kommunaler Ebene sorgen zahlreiche Seniorenräte und Beteiligungsformate dafür, dass Anliegen älterer Menschen gehört werden und auch spezifische Anliegen und Bedürfnisse vor Ort berücksichtigt werden können. Wir setzen uns dafür ein, diese Strukturen weiterzuentwickeln. Denn politische Beteiligung und Teilhabe sind für uns wichtige Anliegen. Und dieses Verständnis reicht auch über Wahlen weit hinaus, denn wir haben in den vergangenen Jahren Beteiligungsmöglichkeiten auf allen politischen Ebenen stark ausgebaut.

FDP:

Wir setzen uns dafür ein, dass ältere Spätaussiedler in Rente und Gesundheitsversorgung gleichberechtigt behandelt werden und bestehende Benachteiligungen abgebaut werden. Dabei stehen für uns Rechtsklarheit, Bürokratieabbau und ein leichter Zugang zu bestehenden Leistungen im Mittelpunkt, statt immer neuer, komplizierter Son-

derregelungen. Konkret wollen wir rentenrechtliche Regelungen prüfen und ändern, wenn nachweislich gleiche Lebens- und Arbeitsleistungen zu niedrigeren Renten für Spätaussiedler führen, etwa bei der Anrechnung von Zeiten im Herkunftsland oder bei gebrochenen Erwerbsbiografien. Wir wollen Verfahren bei Kranken- und Pflegekassen vereinfachen, Informationen verständlich bereitstellen und Hilfen beim Umgang mit Anträgen, Bescheiden und Widersprüchen stärken, damit ältere Spätaussiedler ihre Ansprüche tatsächlich wahrnehmen können. Beratungsangebote sollen gezielt ausgebaut werden. Dies soll durch gut erreichbare, niedrigschwellige Renten-, Sozial- und Pflegeberatung, digitale und telefonische Angebote in gut verständlicher Sprache sowie eine bessere Vernetzung bestehender Stellen geschehen. Antrags- und Förderverfahren müssen umfassend entbürokratisiert und digitalisiert werden, damit ältere Menschen nicht an komplizierten Formularen oder unübersichtlichen Zuständigkeiten scheitern. Unser Ziel ist, dass ältere Spätaussiedler ihre im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung im Alltag tatsächlich erleben: durch faire Rentenregelungen, verlässliche Gesundheitsversorgung und Beratung, die wirklich ankommt, ohne zusätzliche Hürden aufzubauen.

AfD:

Die AfD setzt sich dafür ein, die Anerkennung von Renten- und Arbeitsbiografien älterer Spätaussiedler zu verbessern und bürokratische Hürden abzubauen. Sie fordert eine gerechtere Anrechnung von Versicherungszeiten sowie gezielte Unterstützungsprogramme zur sozialen Teilhabe. Zudem möchte sie sicherstellen, dass Spätaussiedler im Sozial- und Gesundheitswesen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen erhalten.

9. Demokratie fördern

Die Vertriebenenorganisationen leisten wertvolle Bildungsarbeit im Sinne von Demokratie, Integration und Völkerverständigung. Wir fordern auf, uns aus den demokratischen Prozessen nicht auszuschließen.



Frage: Welche Rolle sieht Ihre Partei für die Vertriebenenverbände in der Demokratie- und Integrationsarbeit?

CDU:

Für uns ist klar, dass die Vertriebenenorganisationen eine wichtige Rolle für Demokratie, Integration und Völkerverständigung spielen. So ebnete die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, die vor 75 Jahren in Stuttgart unterzeichnet und verkündet wurde, mit dem darin erklärten Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie der Bereitschaft, sich für ein friedliches und geeintes Europa einzusetzen, den Weg für die Aussöhnung. Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und die heute von den Landsmannschaften gelebte Verbundenheit über Grenzen hinweg ist wichtige Grundlage für Demokratie, Integration, Völkerverständigung und für ein geeintes und friedliches Europa.

SPD:

Die SPD sieht in den Vertriebenenverbänden eine wichtige zivilgesellschaftliche Partnerrolle. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zu Demokratie, Integration und Völkerverständigung, insbesondere durch Bildungsangebote, Austauschprogramme und Erinnerungsarbeit, aber auch als

vertrauensstiftende Institution. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Expertise und Erfahrungen in politische Bildungsprozesse und gesellschaftliche Diskurse einbezogen werden. Vertriebenenorganisationen müssen als aktive Akteure im demokratischen und integrativen Engagement unterstützt und gefördert werden. Auch deswegen setzten wir uns dafür ein, dass jede Fraktion zu Beginn der Legislatur einen zuständigen Abgeordneten, der als Ansprechpartner für die Belange der Zielgruppe fungiert, benennt. Nur so kann ein demokratischer Austausch gesichert werden.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Entscheidend bei der Integration sind vor allem Sprache, Arbeit, und Teilhabe. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die es Menschen ermöglichen, in unserer Gesellschaft anzukommen und teilzuhaben. Die Vertriebenenverbände leisten hierzu einen wichtigen Beitrag in Deutschland und in Europa.

FDP:

Wir messen den Vertriebenen-

verbänden eine wichtige, klar in den gesellschaftlichen Kontext eingebettete Rolle in der Demokratie- und Integrationsarbeit bei. Sie sind Vermittler demokratischer Grundwerte, Träger gelebter Integrationsgeschichte und Brückenbauer in eine vielfältige Gesellschaft. Wir wollen ihre Eigenständigkeit wahren.

AfD:

Die AfD sieht die Vertriebenenverbände als unverzichtbare Bewahrer deutscher Geschichte und Identität. Sie sollen eine starke Stimme in der politischen Bildung behalten und daran erinnern, wie wichtig Heimat, kulturelle Verwurzelung und historisches Bewusstsein für eine stabile Demokratie sind. In der Integrationsarbeit betont die AfD ihre Rolle als Mahner: gelungene Integration setzt die Anerkennung deutscher Leitkultur voraus. Die Erfahrungen der Vertriebenen zeigen, wie Zusammenhalt, Anpassungsbereitschaft und Respekt vor dem Aufnahmeland funktionieren können. Ihre Arbeit stärkt damit demokratische Resilienz und nationale Identität.

10. Mehr Sichtbarkeit der Vertriebenen in der Landespolitik

Heimatvertriebene und Spätaussiedler sollen strukturierte Mitwirkungsmöglichkeiten in politischen Gremien des Landes erhalten – z. B. über beratende Ausschüsse oder feste Vertreter in Kultur- und Integrationsbeiräten. Stichwort SWR-Rundfunkrat.



Frage: Wie möchte Ihre Partei die politische Teilhabe der Vertriebenenverbände auf Landesebene stärken

CDU:

Wir wollen die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler weiter unterstützen, Verbände, Ehrenamt und kulturelle Einrichtungen weiter fördern und gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften die Sichtbarkeit erhöhen und Stärken hervorheben. Der Beauftragte für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler soll hierbei auf Ebene der Landesregierung eine zentrale Rolle einnehmen.

SPD:

Die politische Teilhabe von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern auf Landesebene und Mitwirkungsmöglichkeiten in Gremien sowie beratenden Ausschüssen oder Beiräten haben für uns ein großes Gewicht. So können Erfahrungen und Perspektiven der Vertriebenenverbände in Entscheidungsprozesse einfließen. Gleichzeitig unterstützt die SPD eine Verkleinerung des künftigen SWR-Rundfunkrats, wenn dadurch Arbeitsfähigkeit,

Transparenz und demokratische Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt werden. Zugleich ist für uns klar: Auch in einem kleineren Gremium müssen historische Verantwortung, gesellschaftliche Vielfalt und Minderheitenrechte gesichert bleiben. Die nun vorgesehene Pool Lösung darf unabhängig von der jeweiligen Vertretung nicht dazu führen, dass vertriebenenpolitische Anliegen faktisch verstummen oder nur noch symbolisch vertreten sind.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Gemäß dem Leitspruch „Nichts über uns ohne uns“ beteiligen wir Expert*innen und Betroffene grundsätzlich an unseren Entscheidungen.

FDP:

Wir wollen die politische Teilhabe der Vertriebenenverbände stärken durch Dialog, Transparenz und verlässliche Rahmenbedingungen, nicht durch Sondergremien oder zusätzliche Bürokratie. Wir setzen uns ein für einen strukturierten und regelmäßigen Dialog und eine Einbindung in

bestehende Beteiligungsformate. Zugleich wollen wir Verbände alle gleich behandeln, nicht einen Verband gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen bevorzugen oder formalisiert herausheben.

AfD:

Die AfD Baden-Württemberg möchte die politische Teilhabe der Vertriebenenverbände stärken, indem sie deren institutionelle Einbindung auf Landesebene ausbaut und ihre Anliegen stärker in parlamentarische Prozesse einfließen lässt. Dazu gehören regelmäßige Konsultationen, eine Aufwertung des Landesbeirats sowie eine verlässliche finanzielle Förderung, die kulturelle und historische Projekte langfristig absichert. Gleichzeitig setzt sich die AfD dafür ein, die Sichtbarkeit der Vertriebenenkultur in Schulen, Museen und öffentlichen Einrichtungen zu erhöhen und die Leistungen der Vertriebenen für das Land klar zu würdigen. Insgesamt soll die Arbeit der Verbände politisch, organisatorisch und gesellschaftlich deutlich gestärkt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

**Bund der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart**

**Tel. 0711 625277, Fax 0711 610162
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de
www.bdv-bw.de**

Redaktionell verantwortlich: Richard S. Jäger, Landesgeschäftsführer

**Registergericht:
Amtsgericht Stuttgart, Vereinsregisternummer VR 706**

Hinweis:

Die Antworten der Parteien geben ausschließlich die jeweiligen Positionen der antwortenden Partei wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Parteien verantwortlich. Redaktionelle Kürzungen erfolgen nur aus redaktionellen oder technischen Gründen und werden kenntlich gemacht.

**Dieser Newsletter dient der Information über politische Positionen.
Er stellt keine Wahlempfehlung dar.**